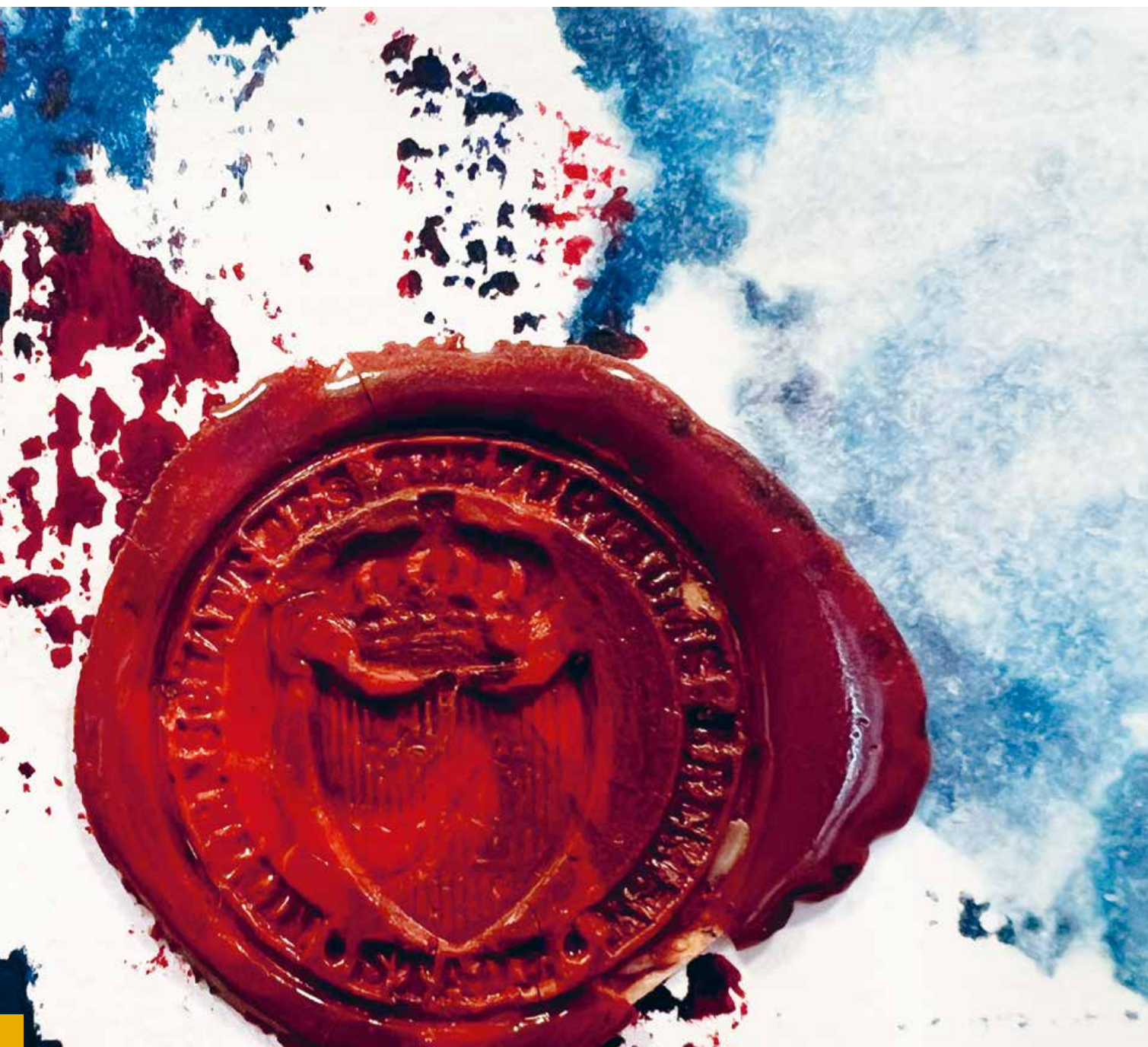




GUT GEWAPPNET IN DIE ZUKUNFT.

Geschäftsbericht 2025

INHALT

Das Geschäftsjahr 2025

Vorwort	05
Lagebericht	06
Bericht des Aufsichtsrates	20

Jahresabschluss 2025

Jahresbilanz	22
Gewinn- und Verlustrechnung	24

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden	26
Entwicklung des Anlagevermögens	28
Erläuterungen zur Bilanz	28
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	31
Sonstige Angaben	32
Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz	33
Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates	37
Bestätigungsvermerk	38
Impressum	43



Vorwort

Solide aufgestellt für kommende Herausforderungen

Das Geschäftsjahr 2025 war erneut von einem anspruchsvollen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld geprägt. Die deutsche Wirtschaft konnte sich zwar stabilisieren, eine nachhaltige konjunkturelle Belebung blieb jedoch aus. Hohe Unsicherheiten an den internationalen Märkten, strukturelle Herausforderungen im Inland sowie eine insgesamt verhaltene Investitionsbereitschaft beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung vieler Branchen.

„Unser Erfolg basiert nicht auf kurzfristigen Marktbewegungen, sondern auf vertrauensvollen Kundenbeziehungen, solidem Risikobewusstsein und einer konsequent langfristigen Ausrichtung.“

Matthias Schicke, Vorstand

Vor diesem Hintergrund hat sich das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade erneut als verlässlicher Finanzierungspartner seiner Kundinnen und Kunden bewährt. Die Konzentration auf unsere traditionellen Geschäftsfelder in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Immobilienfinanzierung hat sich auch im Berichtsjahr als tragfähige Grundlage unseres Geschäftsmodells erwiesen. Mit einem positiven Jahresergebnis konnten wir unsere wirtschaftliche Stabilität und Eigenständigkeit weiter sichern.

Besonders erfreulich war die zunehmende Dynamik in der Zusammenarbeit mit der Hannoverschen Volksbank, die zusätzliche Impulse im Finanzierungsgeschäft gesetzt hat. Gleichzeitig konnten wir unsere persönliche, kundennahe Beratung und die Entwicklung individueller Finanzierungslösungen als wesentliche Stärken unseres Hauses weiter ausbauen.

Auch künftig werden wir die Herausforderungen eines sich wandelnden Marktumfeldes mit Augenmaß, Verantwortungsbewusstsein und einem klaren Fokus auf die Bedürfnisse unserer Kundschaft angehen. Die solide wirtschaftliche Basis unseres Instituts und das Vertrauen unserer Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden hierfür eine verlässliche Grundlage.

Für dieses Vertrauen danken wir allen Beteiligten herzlich.

Der Vorstand

Matthias Schicke und Lukas Kraeft
Stade, im Juni 2026

Lagebericht

Grundlagen des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade

Geschäftsmodell

Das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade ist seit dem 1. Juni 2022 eine Aktiengesellschaft. Bis zu diesem Datum firmierte das Institut als Anstalt des öffentlichen Rechts. Es besitzt die Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, nach dem Pfandbriefgesetz Hypothekendarlehen und Öffentliche Pfandbriefe auszugeben.

Die Bank ist seit dem 1. Juli 2022 Mitglied im Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) und dessen Einlagensicherungssystemen.

Ziele und Strategien

Das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade verfolgt in erster Linie den satzungsgemäßen Zweck, langfristige Kredite mit allmählicher Schuldbefreiung durch Tilgungsleistungen zu vergeben. Darunter fallen insbesondere Darlehen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe zur Förderung der Gesamtstrukturen im ländlichen Raum. Weiterhin werden Hypothekendarlehen zur Finanzierung von Wohn- und Geschäftshäusern herausgelegt.

Neben der Emission von Hypothekendarlehen sind auch Termingeldeinlagen als Refinanzierungsinstrument im Angebot.

Das viele Jahrzehnte dominierende Kerngeschäftsgebiet „Elbe-Weser-Dreieck“ wurde 2016 um das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erweitert. Der Schwerpunkt der Geschäfte liegt allerdings im nord- und ostdeutschen Raum.

Grundlegende quantitative Zielstellungen stellen im Wesentlichen Ertrags- und Wachstumsziele dar. Das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade strebt bei Geschäftsabschlüssen eine Marge in Höhe von durchschnittlich mindestens 1,0 % sowie eine Neukreditvergabe grundsätzlich größer als TEUR 100 an. Ziel der Bank ist ein nachhaltiges Wachstum im gesamten Kreditgeschäft zur Sicherstellung der Mindestgewinnerzielung. Hierbei sollen Marktopportunitäten ausgenutzt werden. Grundlegende qualitative Ziele sind schlanke innerbetriebliche Strukturen, Begrenzung der Risiken, langfristige Ausrichtung der strategischen Geschäftsfelder der Bank sowie hohe Mitarbeiteridentifikation und Kundenzufriedenheit.

Dabei versteht es sich auf Grundlage der Satzung sowie der jährlich angepassten zukunftsgerichteten Geschäftsstrategie als oberstes Ziel, den operativen Geschäftsbetrieb so zu organisieren, dass auskömmliche Überschüsse generiert werden, um langfristig eine nachhaltige Sicherung der Selbständigkeit des Kreditinstituts zu gewährleisten.

Steuerungssystem

Das integrierte Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber – Ertrag, Effizienz/ Kosten, Rentabilität, Risiko, Kapital und Liquidität – zielgerichtet zu steuern. Dafür nutzt die Bank ein Kennzahlensystem, welches eine einheitliche und effektive Steuerung sicherstellt.

Die Steuerung erfolgt dabei im Wesentlichen auf der Basis von Zahlen nach dem HGB bzw. nach einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Durch das integrierte Steuerungssystem der Bank wird eine umfassende Betrachtung der zentralen Werttreiber hinreichend sichergestellt. Die für die Bank bedeutsamen Steuerungskennzahlen sind unter anderem der Zinsüberschuss, die Neugeschäftsentwicklung und die Cost-Income-Ratio.

Ziel der Bank ist ein nachhaltiges Wachstum im gesamten Kreditgeschäft zur Sicherstellung der Mindestgewinnerzielung.

Die strategischen Ziele in den Kerngeschäftsfeldern werden in den hierdurch deutlich erweiterten Märkten segmentspezifisch und somit effizient verfolgt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Zwar hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik – und anhaltenden inländischen Strukturproblemen – wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werden den Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 %). Besonders für Gesundheit (+3,8 %) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie etwa bei Nahrungsmitteln (+1,0 %) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 %) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragsätze die Ausgabenbereitschaft.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 % etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen.



Der Wirtschaftsbau profitierte vom Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen.

Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen – darunter Stahl, Aluminium und Autos – ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser

Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar.

Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 % fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 %). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 % gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 % zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu, trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 %. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 % Ende 2024 auf etwa 63 % Ende 2025. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2025 werden voraussichtlich Ende April 2026 verfügbar sein.

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt

sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 %.

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststättenleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Im Baugewerbe sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung bereits das fünfte Jahr in Folge. Sie verringerte sich im Jahr 2025 um 2,9 % und lag damit nahezu ein Viertel unter dem Stand zu Beginn der 2020er Jahre. Allerdings waren innerhalb des Wirtschaftsbereichs verschiedene Tendenzen zu verzeichnen. Dies verdeutlichen auch die amtlichen Umsatzdaten für das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe, die jedoch nicht preisbereinigt, sondern lediglich in jeweiligen Preisen verfügbar sind. Belastet durch hohe Baupreise und Unsicherheiten ist der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7 % gesunken, was aber weniger stark war als im Jahr 2024 (-10,3 %). Im Ausbaugewerbe (+1,5 %) verlief die Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes angesichts der verhaltenen Wohnungsbaugeschäfte ebenfalls kraftlos. Im Wirtschaftsbau (+6,5 %) und im Öffentlichen Bau (+6,9 %) waren hingegen, begünstigt durch bereits laufende Infrastrukturprojekte, deutlichere Umsatzanstiege zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel im gesamten Baugewerbe um 0,8 % auf knapp 2,6 Mio. Menschen, nachdem sie bereits im Vorjahr um 1,3 % zurückgegangen war.

Die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft hat sich etwas verbessert, blieb aber in der Gesamtschau angespannt. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbands

erzielten die Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Mittel ein Unternehmensergebnis von rund 78.500 Euro. Das Ergebnis lag damit zwar leicht über dem Ergebnis des Vorjahres (etwa 78.200 Euro), aber noch immer deutlich unter dem im Wirtschaftsjahr 2022/23 (rund 110.200 Euro) erlangten Gewinn. Einzig die Rinder- und Milchviehhalter verzeichneten ein Ergebnisplus. Nahezu alle anderen Betriebsformen mussten hingegen Gewinneinbußen hinnehmen, unter anderem wegen rückläufiger Erzeugerpreise für Schweine, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Aufgrund der allgemeinen Ertragsschwäche und der hohen Unsicherheiten sahen sich viele Betriebe veranlasst, Zukunftsinvestitionen zurückzustellen. Auch im gesamten Agrarsektor, zu dem neben der Landwirtschaft auch die Forstwirtschaft und die Fischerei zählen, hat sich die Situation nur geringfügig verbessert. Die Bruttowertschöpfung des Sektors ist im Jahr 2025 leicht um 0,5 % gestiegen, nachdem sie 2023 (-12,0 %) und 2024 (-0,2 %) noch gesunken war. Die Erwerbstätigenzahl des Agrarsektors ging abermals zurück. Sie sank um 0,5 % auf 562.000 Menschen.



Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe erwirtschafteten 2024/25 im Mittel ein Unternehmensergebnis von rund 78.500 Euro

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiver Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als

amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages – dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichenerer Inflationsausblick. Im Euroraum lag die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden.

Die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings – anders als die Fed – in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt

100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %. Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3,7 Billionen Euro.

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führten. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die zehnjährige Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets bezogen auf Schlusskurse kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich nach einem Rückgang im Bereich von etwa 2,7 % einpendelte. Zum Jahresende folgte ein kleiner Anstieg und die Renditen lagen zum Jahresschluss bei 2,85 %. Die Zinsaufschläge zu zehnjährigen Bundesanleihen für französische Papiere lagen durch die politisch instabile Lage in Frankreich im Bereich von etwa 70 bis 80 Basispunkten. Damit lagen sie zum Jahresende seit Längerem

erstmal wieder höher als die für italienische Papiere, die zum Jahresultimo bei etwa 65 Basispunkten lagen.

Die Zinsstrukturkurve verlief – gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren – für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und lag für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten. Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: So notierten 30-jährige Papiere in Deutschland gut 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA belief sich der Aufschlag auf knapp 70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte „Befreiungstag“ („Liberation Day“) in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Vor allem in den USA stiegen die Zinsaufschläge für länger laufende Titel daraufhin teils deutlich an.

Geschäftsverlauf und strategische Neuausrichtung

Wie in den vorangegangenen Jahren hat das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade die Herausforderungen des Marktumfeldes gemeistert und weist für das Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 75 aus. Die Fokussierung auf unsere Hauptgeschäftsfelder, die Darlehensvergabe an die Land- und Forstwirtschaft sowie an die Immobilienwirtschaft, bildete die Grundlage für die geschäftliche Entwicklung.

Die nach dem Zinsanstieg des Vorjahres erfolgte Stabilisierung des Zinsniveaus im mittel- und langfristigen Zinsbindungsbereich führte zu einer besseren Planbarkeit auf Seiten der Kundschaft. Insbesondere im Bereich der Immobilieninvestitionen zur Renditeerzielung konnten wir weiterhin eine leicht anziehende Nachfrage erkennen. Die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Finanzierung mit der Hannoverschen Volksbank in Verbindung mit persönlicher Nähe und individuellen, maßgeschneiderten Finanzierungslösungen wird von der Kundschaft sehr positiv wahrgenommen. Aufgrund der aktuellen Marktlage gibt es für unsere Zielgruppe im Immobilienbereich weiterhin gute Opportunitäten, die intensiv genutzt werden. Die neu gewonnene Dynamik in der vertrieblischen Zusammenarbeit mit der HanVB lässt positiv auf das nächste Geschäftsjahr blicken.

Lage

Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Bank Stade haben sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	TEUR	2021	2022	2023	2024	2025
Zinsüberschuss ¹⁾		2.608	3.005	3.818	4.284	3.587
Provisionsüberschuss ²⁾		18	21	-37	13	273
Verwaltungsaufwendungen		2.608	2.912	2.748	3.320	3.050
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾		-73	208	914	1.011	925
Bewertungsergebnis ⁴⁾		93	-107	-517	-106	-433
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		20	100	396	905	492
Steueraufwand		10	36	314	331	317
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken		0	50	50	500	100
Jahresüberschuss		10	10	50	75	75

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

³⁾ Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

⁴⁾ Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Das im Berichtsjahr 2025 geplante Produktionsziel (Neugeschäft) im Kundenkreditgeschäft in Höhe von TEUR 90.000 wurde insgesamt erreicht.

Das Zinsergebnis für das Geschäftsjahr liegt deutlich unterhalb des Vorjahres. Dies ist auf eine Verteuerung der Passivseite aufgrund des Auslaufs von niedrigverzinslichen, endfälligen Refinanzierungsgeschäften zurückzuführen.

Das Provisionsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Das Provisionsergebnis wird maßgeblich von im Rahmen der Kreditvermittlung empfangenen und gezahlten Provisionen beeinflusst. Das Kreditvermittlungsgeschäft im genossenschaftlichen Finanzverbund, insbesondere das Geschäft mit der Konzernmutter, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr erfreulich entwickelt.

Die Personalaufwendungen sind deutlich um TEUR 287 auf TEUR 1.682 gesunken. Hintergrund sind die erhöhten Personalaufwendungen im Vorjahr, die durch den Vorstandswechsel begründet waren.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr nur leicht um TEUR 17 auf TEUR 1.368 gestiegen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 86 auf TEUR 925 gesunken, liegt aber über dem erwarteten Niveau. Es ist aus Sicht des Vorstands zufriedenstellend.

Die Aufwands-Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio bzw. CIR) beträgt im Geschäftsjahr 76,9 % und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (76,8 %) nur unwesentlich verändert. Die CIR fällt besser aus als geplant und ist aus Sicht des Vorstands zufriedenstellend.

Im Geschäftsjahr wurde ein Bewertungsergebnis in Höhe von TEUR -433, nach TEUR -106 im Vorjahr, erzielt. Das Bewertungsergebnis entfällt hauptsächlich auf das Kreditgeschäft.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 492 ausgewiesen. Nach Steuerzahlungen von TEUR 317 und Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken von TEUR 100 ergibt sich ein Jahresüberschuss von TEUR 75.

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt 0,02 % (Vorjahr 0,02 %).

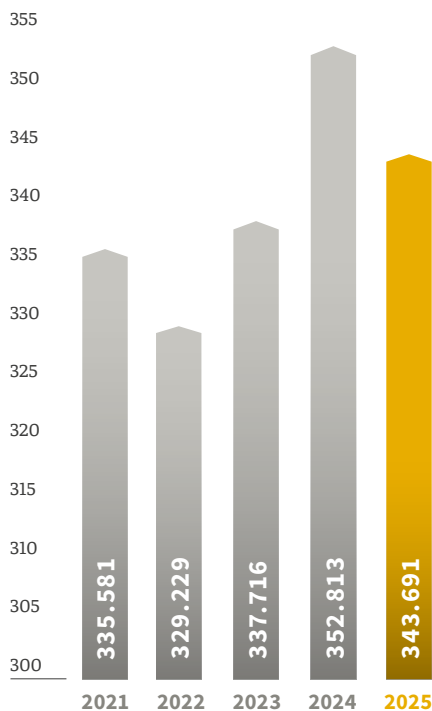
Die Ertragslage der Bank für das Geschäftsjahr 2025 ist geordnet. Der Vorstand beurteilt das Geschäftsjahr als zufriedenstellend.

Vermögenslage

Kapitalstruktur

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um EUR 9,1 Mio. auf EUR 343,7 Mio. gesunken. Das entspricht einem Rückgang von 2,6 %. Hintergrund sind geringere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden über insgesamt EUR 11,1 Mio. Der vergleichsweise hohe Liquiditätsbestand aus dem Vorjahr wurde dadurch um EUR 9,7 Mio. reduziert.

Die Bilanzsumme der Bank hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt (in TEUR):



Aktivgeschäft

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Kundenkreditvolumen mit 0,2 % leicht positiv entwickelt. Die Prolongationsquote für Zinsvereinbarungen ist von einem sehr hohen Niveau über 91 % auf 72 % zurückgegangen und liegt damit leicht unter unserer Planung. Im Geschäftsjahr 2025 konnten Darlehen mit einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von EUR 38,0 Mio. (Vorjahr EUR 31,3 Mio.) zugesagt werden, die mit 75 % auf Immobilienfinanzierungen, 2 % auf Gewerbefinanzierungen und 23 % auf Kredite an die Land- und Forstwirtschaft entfielen. Die Höhe der ausgezahlten Darlehen betrug EUR 38,3 Mio. gegenüber EUR 27,5 Mio. im Vorjahr.

Die Summe der planmäßigen Tilgungen lag bei EUR 27,1 Mio. (Vorjahr EUR 19,2 Mio.), die der außerplanmäßigen bei EUR 10,2 Mio. (Vorjahr EUR 3,3 Mio.). Letztere enthalten EUR 4,1 Mio. (Vorjahr EUR 1,5 Mio.) Ablösungen von Darlehen bei Zinsanpassungen. Aus dem Geschäftsjahr 2025 übernahmen wir Kreditzusagen von nominal EUR 3,2 Mio. nach EUR 5,7 Mio. im Jahr 2024.

Im Geschäftsjahr 2025 standen Kredite mit einem Volumen von EUR 14,6 Mio. (Vorjahr EUR 16,1 Mio.) zur Zinsanpassung an. Bei einer Anpassungsquote von 72,1 % (Vorjahr 90,5 %) konnten insgesamt EUR 10,5 Mio. prolongiert werden.

Passivgeschäft

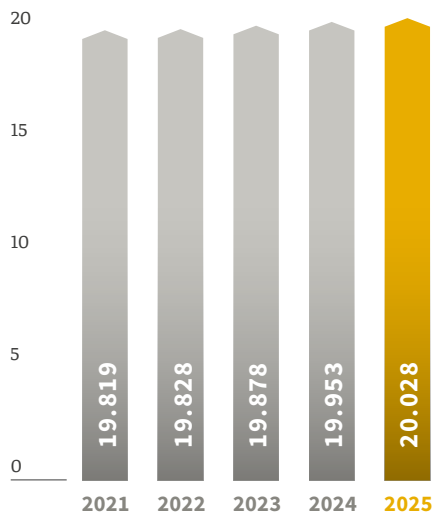
Hypothekennamenspfandbriefe bilden die wichtigste Refinanzierungsquelle unseres Hauses und korrespondieren eng mit den ausgegebenen Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Dabei entwickelten sich die Einzelpositionen wie folgt: Das Volumen umlaufender Titel stieg leicht auf EUR 143,0 Mio. (Vorjahr EUR 142,7 Mio.). Die Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Darlehen reduzierten sich auf EUR 170,8 Mio. (Vorjahr EUR 182,2 Mio.).

Die Vermögenslage ist insgesamt geordnet.

Eigenmittel

Das Eigenkapital hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt (in TEUR):



Insgesamt verfügt das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade über ein offen ausgewiesenes Eigenkapital von TEUR 20.028. Die Kernkapitalquote lag zum Bilanzstichtag bei 11,9 % (Vorjahr 12,8 %). Die regulatorischen Eigenmittelanforderungen werden damit eingehalten.

Ergänzend wird auf die Ausführungen im Prognosebericht verwiesen.

Finanzlage

Die Finanzlage des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade ist geordnet. Die gesetzlichen Anforderungen – insbesondere Liquidity Coverage Ratio (LCR) – wurden stets eingehalten. Die LCR-Kennziffer betrug zum Bilanzstichtag 7.412,0 %. Aufgrund der Solidität des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade konnten jederzeit ausreichend Mittel zur Refinanzierung des Neugeschäftes und der Prolongationen am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Insbesondere durch die Ausgabe von gedeckten Hypothekennamenspfandbriefen und Aufnahme von Schuldscheindarlehen wurde die Liquidität kontinuierlich gesichert. Unter Berücksichtigung der zurzeit vorhandenen Liquiditätsreserven, der zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten und der Zahlungsströme des Aktiv- und Passivbestandes ist aus heutiger Sicht die Zahlungsfähigkeit für die Zukunft entsprechend der Finanzplanung gegeben. Zusätzlich stellen sonstige, aktuell nicht in Anspruch genommene Fazilitäten über TEUR 2.500 die Liquidität in ausreichendem Umfang sicher. Das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade konnte allen Zahlungsverpflichtungen zuverlässig und fristgerecht nachkommen; die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum Zwecke unserer internen Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere den Zinsüberschuss, die Neugeschäftsentwicklung und die Cost-Income-Ratio heran.

Personal- und Sozialbereich

Zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigten wir 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit durchschnittlich 15 Jahren Betriebszugehörigkeit. Ihrem persönlichen Engagement und ihrem Fachwissen verdanken wir die

über Jahre erzielten guten Geschäftsergebnisse. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt für ihren Einsatz und die erbrachten Leistungen ausdrücklicher Dank!

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten eine Vergütung nach dem Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Zusätzliche freiwillige Sozialleistungen wurden wie in den Vorjahren gewährt.

Die gezielte Qualifikation und Förderung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bildet einen Schwerpunkt unserer Personalpolitik. Wir sehen dies angesichts eines sich fortwährend verändernden Umfeldes in sämtlichen Bereichen der Kreditbranche und aufgrund stetig steigender Anforderungen in den Arbeitsabläufen als einen entscheidenden Erfolgsfaktor an. Wir nutzen Angebote externer Anbieter zur Fortbildung unserer Angestellten.

Die gezielte Qualifikation und Förderung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bildet einen Schwerpunkt unserer Personalpolitik.

Das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade konnte durch flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsplätze mitarbeiterfreundliche und ökonomische Arbeitszeitregelungen verwirklichen. Die ausgesprochen geringe Fluktuation unseres Personals bestätigt uns, mit diesen Maßnahmen einen guten Weg gewählt zu haben.

Einlagensicherung, Anlegerentschädigung und Bankenabgabe

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank seit dem 1. Juli 2022 der BVR Institutsicherung (BVR-ISG-Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG-Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutsicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG-Sicherungssystem tätig.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, beziehen sich die Aussagen über Zukunftsprognosen auf die kommenden 24 Monate, ausgehend vom Abschlussstichtag 31. Dezember 2025.

Die Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade AG berücksichtigt in ihren Analysen sowohl günstige als auch ungünstige Szenarien hinsichtlich der künftigen Entwicklung. Signifikante Einflüsse der aktuellen geopolitischen Lage, die Auswirkungen der Trump-Administration und der wirtschaftspolitischen Unsicherheiten auf die Entwicklung der Bonität von Kreditnehmern (z.B. Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit) sowie in Folge eines Preisrückgangs der Immobiliensicherheiten und damit auf das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft können derzeit nicht ausgeschlossen werden. Schon während der Corona-Pandemie und auch bei dem starken Zinsanstieg der Vorjahre war allerdings ersichtlich, dass aus dem Kundenbestand der Bank keine nennenswerten Risiken erkennbar wurden. Durch das auf Deutschland beschränkte Geschäftsgebiet und im Bereich der Bundesrepublik liegender Immobilien hat auch der russische Angriffskrieg und der seit Februar 2026 begonnene Iran-Konflikt keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Bank gezeigt und lässt auch in der Zukunft keine erwarten.

Durch das auf Deutschland beschränkte Geschäftsgebiet haben die derzeitigen internationalen Konflikte keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Bank gezeigt und lassen auch in der Zukunft keine erwarten.

Im Rahmen fortlaufender Stresstests simuliert das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade unter anderem anhand der Erhöhung der Ausfallquoten, eines simulierten Objektpreisverfalls für Immobiliensicherheiten sowie einer Bonitätsverschlechterung der Kreditnehmer die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit. Zudem erfolgt ferner eine Kombination der dargestellten univariaten Stressszenarien. Insgesamt zeigt sich für die unterstellten und modellierten Stressszenarien, dass die Summe der modellierten Risiken innerhalb der vergebenen Limite durch das entsprechende Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Ende 2025 in einer Erholungsphase, die vor allem durch eine zunehmend expansive Fiskalpolitik getragen wird. Anders als in früheren Aufschwüngen wird diese Entwicklung jedoch nicht durch das Exportgeschäft, sondern hauptsächlich durch inländische Impulse wie staatliche Investitionen und steigenden privaten Konsum angetrieben. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Dynamik durch den Beginn des Iran-Krieges und die damit verbundenen steigenden Preise für Rohöl und Erdgas gedämpft, wodurch die weitere Entwicklung mit erhöhter Unsicherheit behaftet ist.

Zur Einschätzung der zukünftigen Entwicklung werden zwei Szenarien betrachtet: Im Deeskalationsszenario wird von einem kurzen Konflikt mit nur vorübergehend erhöhten Energiepreisen ausgegangen. In diesem Fall wächst das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt moderat um etwa 0,8 % im laufenden Jahr und 1,2 % im Folgejahr. Ohne den Energiepreisschock wäre das Wachstum sogar etwas stärker ausgefallen. Im Eskalationsszenario hingegen wird ein längerer Konflikt mit anhaltend hohen Energiepreisen unterstellt, was die wirtschaftliche Entwicklung deutlich stärker belastet. Das Wachstum fällt dann mit etwa 0,6 % bzw. 0,8 % in den beiden Jahren spürbar schwächer aus.

Die steigenden Energiepreise führen zu einem Anstieg der Inflation, die im Deeskalationsszenario etwa bei 2,2 % liegt und im Eskalationsszenario auf bis zu 2,5 % steigen kann. Dadurch wird die Kaufkraft der privaten Haushalte geschmälert, was den Konsum bremst. Auch Investitionen und Exporte entwickeln sich schwächer, da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl im Inland als auch auf wichtigen Absatzmärkten belastet sind. Dennoch bleibt die Erholung insgesamt intakt, da staatliche Ausgaben für Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung weiterhin wachstumsfördernd wirken.

Am Arbeitsmarkt zeigt sich die Erholung zeitverzögert: Die Arbeitslosigkeit geht erst im Verlauf des Jahres 2026 zurück, während die Beschäftigung zunächst noch leicht sinkt, bevor sie im Folgejahr wieder zunimmt. Gleichzeitig führt die expansive Finanzpolitik zu steigenden Staatsdefiziten und einer wachsenden Staatsverschuldung.

Insgesamt setzt sich die wirtschaftliche Erholung fort, verläuft jedoch langsamer und ist stark abhängig vom weiteren Verlauf des Konflikts sowie der Entwicklung der Energiepreise. Wesentliche Einflüsse auf die Prognose bleibt somit der weitere Verlauf des Iran-Krieges mit den

damit verbundenen Entwicklungen der Energiepreise sowie etwaiger daraus resultierender Störungen von Lieferketten. Zusätzliche Risiken für die Prognose bestehen in der unsicheren US-amerikanischen Zoll- und Handelspolitik sowie der wirtschaftspolitischen Ausrichtung innerhalb Deutschlands.¹

Die deutsche und europäische Landwirtschaft durchläuft eine Phase des Umbruchs, indem sie sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich neu ausrichtet. Nach Jahren wachsender Belastungen sind erste politische Korrekturen erkennbar, etwa beim Bürokratieabbau, im Umgang mit dem Wolf oder bei der Agrardieselrückvergütung. Diese Entwicklungen werden als Erfolge gewertet, zeigen aber zugleich, dass weitere Reformen notwendig sind, um langfristig verlässliche Rahmenbedingungen für Themen wie Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen.

Für die europäische Landwirtschaft sind erste politische Entlastungen erkennbar, etwa beim Bürokratieabbau, im Umgang mit dem Wolf oder bei der Agrardieselrückvergütung.

Gleichzeitig haben sich die Agrarmärkte stark verändert und sind deutlich volatiler geworden. Geopolitische Konflikte, Handelsbeschränkungen und schwankende Nachfrage wirken sich direkt auf Preise, Kosten und Absatzmöglichkeiten aus. Zudem gehören Wetterextreme und Tierseuchen zunehmend zum Alltag landwirtschaftlicher Betriebe. Dies spiegelt sich auch in der wirtschaftlichen Lage wider: Während einige Bereiche wie die Rinder- und Milchviehhaltung Einkommenszuwächse verzeichnen konnten, kam es in anderen Sektoren wie Ackerbau und Schweinehaltung zu deutlichen Gewinnrückgängen. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Situation angespannt, und auch für das laufende Jahr sind weitere Herausforderungen zu erwarten.

Der Strukturwandel setzt sich fort, insbesondere in der Tierhaltung, und wird durch wirtschaftlichen Druck, demografische Entwicklungen sowie strengere gesetzliche Vorgaben verstärkt. Gleichzeitig ist die Investitionsbereitschaft vieler Betriebe gering, da hohe Kosten, bürokratische Anforderungen sowie Umwelt-, Klima- und Tierschutzauflagen zusätzlichen Druck erzeugen. Vor diesem Hintergrund wird ein klarer politischer Kurs gefordert, der Planungssicherheit schafft und zentrale Fragen zur Rolle der Landwirtschaft, zur Honorierung gesellschaftlicher

Leistungen und zur Verbindung von Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit beantwortet.

Die zentrale Bedeutung der Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit, den Umwelt- und Klimaschutz sowie die Stabilität ländlicher Räume besteht weiterhin. Angesichts globaler Unsicherheiten wird ein starker und wirtschaftlich tragfähiger Agrarsektor als unverzichtbar angesehen.² Flächenkäufe werden weiterhin nur vereinzelt und in überschaubarer Größenordnung getätigt. Größere Flächenkäufe werden nach wie vor häufig von institutionellen Anlegern vorgenommen, die keine Finanzierungsmittel benötigen, da die auf hohem Niveau stabilisierten Flächenpreise eine kaufmännisch sinnvolle Bewirtschaftung häufig nicht möglich machen. Investitionen in Erneuerbare Energien oder zur anderweitigen Diversifikation der landwirtschaftlichen Betriebe (Beleihung landwirtschaftlicher Flächen zur Investition in EEG oder Immobilien) sind inzwischen relevantere Anwendungsfälle als klassische Flächenkäufe. Vereinzelt sind aufgrund mangelnder Nachfolgeregelungen vermehrt komplette Betriebsverkäufe bzw. -käufe zu verzeichnen, die mit den nunmehr größeren Möglichkeiten im Verbund auch durch das RKI Stade begleitet werden können.

Im Jahr 2025 setzte sich die Erholung des deutschen Immobilienmarktes fort. Nach einem moderaten Preisanstieg von 1,8 % im Jahr 2024 erhöhten sich die Immobilienpreise im Jahr 2025 um 4,0 %, wobei in allen Quartalen Zuwächse zu verzeichnen waren. Grundlage dieser Entwicklung ist der Immobilienpreisindex des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp), der auf tatsächlichen Transaktionsdaten aus Immobilienfinanzierungen basiert und die Preisentwicklung für Wohn- und Gewerbeimmobilien bundesweit abbildet.

Der Preisanstieg wurde erneut maßgeblich durch die Entwicklung der Wohnimmobilien getragen, deren Preise im Jahresvergleich um 4,2 % zunahmen, während Gewerbeimmobilien einen Anstieg von 3,5 % verzeichneten. Innerhalb des Wohnsegments erwiesen sich insbesondere Mehrfamilienhäuser mit einem Plus von 5,3 % als Preistreiber, während selbst genutztes Wohneigentum mit 3,0 % weniger dynamisch wuchs. Parallel dazu stiegen die Neuvertragsmieten, konnten jedoch nicht mit der Preisentwicklung Schritt halten, sodass die Renditen rückläufig waren.

¹ Vgl.: ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2026: Folgen des Iran-Krieges dämpfen Erholung

² Vgl.: Situationsbericht des Deutschen Bauernverband 2025/26

In den großen deutschen Metropolregionen fiel das Preiswachstum mit durchschnittlich 4,7 % etwas stärker aus als im Bundesdurchschnitt, wobei insbesondere Frankfurt am Main eine überdurchschnittliche Dynamik aufwies. Auch die Mietentwicklung entsprach in den Top-7-Städten dem bundesweiten Trend, während die Renditen leicht zurückgingen.

Im Bereich der Gewerbeimmobilien wurde die Preisentwicklung insbesondere durch Büroimmobilien getragen, die höhere Wachstumsraten als Einzelhandelsimmobilien aufwiesen. Auch bei den Mieten zeigten sich Büros robuster, während die Renditen in beiden Segmenten leicht rückläufig waren.

Insgesamt ist der Preisanstieg als Ausdruck einer fortgesetzten Markterholung nach der Zinswende zu werten, verläuft jedoch deutlich weniger dynamisch als in der Niedrigzinsphase. Für den weiteren Verlauf wird insbesondere im Wohnsegment aufgrund des anhaltenden Wohnraummangels mit weiteren Preissteigerungen gerechnet, während die Entwicklung bei Gewerbeimmobilien stärker von gesamtwirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten abhängt. Politische Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsneubaus sowie zur Entlastung des Immobilienmarktes werden vor diesem Hintergrund als wesentlich erachtet.³

Durch das Neukundenwachstum des vergangenen Jahres und das weiter ausgebauten Empfehlungsmanagement konnten bereits viele neue Kundenkontakte akquiriert werden. Nach wie vor wird der überwiegende Teil des Neugeschäfts mit neuen Kunden generiert, was das gute Empfehlungsmanagement und die Vertriebsleistung verdeutlicht. Die Zusammenarbeit mit der Hannoverschen Volksbank hat sich in 2025 nochmals deutlich verbessert. Weitere Lösungen für Bedarfe über den Finanzierungsbereich hinaus können inzwischen ebenfalls im Verbund (bspw. Versicherungen über RuV) oder im Konzern (Vermögensverwaltung über die Valexx AG) angeboten werden. Damit können zusätzliche Provisionserträge über die Kreditvermittlungsprovisionen hinaus generiert werden.

Das Potenzial für den grundbuchlich besicherten langfristigen Hypothekarkredit bleibt insgesamt in unseren Geschäftsfeldern Land- und Forstwirtschaft sowie Immobilien weiterhin auf hohem Niveau. Aufgrund des weiteren Ausbaus der Kooperation und kontinuierlichen Optimierung der Abläufe und Prozesse in der Zusammenarbeit im Verbund und Konzern können wir ein deutlich erweitertes Angebotsspektrum bei den Kunden anbieten.

Die Kombination aus maßgeschneiderten Finanzierungs-lösungen mit ergänzenden Produkten im Konzern, bzw. Verbund hat die Kundenzufriedenheit und Empfehlungsquote nochmals deutlich erhöht.

Aus diesem Grund gehen wir davon aus, in 2026 ein angemessenes Neugeschäft mit auskömmlicher Marge bei geringem Kreditrisiko verzeichnen zu können.

Vor diesem Hintergrund werden wir unseren Grundsätzen einer auf Sicherheit und Kontinuität basierenden Kreditpolitik treu bleiben. Die Realkreditvergabe zur Förderung der Gesamtstruktur im ländlichen Raum mit der Finanzierung land- und forstwirtschaftlicher Investitionen und mit Krediten für Wohn- und Gewerbeimmobilien bleibt der Kern unserer soliden Geschäftstätigkeit.

Durch den Beitritt zum BVR ist es der Bank zukünftig möglich, dass Produktportfolio mit Hilfe von Verbundlösungen auch im kurzfristigen Finanzierungsbereich sowie durch Vermittlung an Verbundpartner im nicht durch Grundschulden gesicherten Kreditgeschäft zu betreiben.

Das erwartete Marktumfeld in unseren Kerngeschäftsfeldern sollte zu einer Ausweitung unserer zinstragenden Aktiva führen. In Anbahnung befindliche neue Kundenverbindungen lassen einen optimistischen Ausblick zu. Als kleine Bank ohne Filialnetz ist der persönliche Kontakt durch unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zum Kunden entscheidend für den Geschäftserfolg.

Die Ertragslage unserer Bank wird sich gemäß unserer Planung in den nächsten Jahren weiter verbessern. Grundlage bildet hierbei insbesondere das geplante Neugeschäft im Kundenkreditgeschäft. Ferner werden durch die Zugehörigkeit zum Konzern der Hannoverschen Volksbank weitere Synergieeffekte auf der Kostenseite erwartet. Die gesetzlichen Eigenmittelanforderungen aus den CRR (Säule I) sowie die aufsichtlichen Anforderungen an die Risikotragfähigkeit (Säule II) werden eingehalten.

Zudem hat der Vorstand im Rahmen eines zusätzlichen adversen Szenarios eine mögliche Verschlechterung der konjunkturellen Lage simuliert. Auch auf der Grundlage des adversen Szenarios werden die gesetzlichen Eigenmittelanforderungen aus den CRR (Säule I) eingehalten.

³ Vgl.: vdp Immobilienpreisindex: Plus 4 %: Immobilienpreise bestätigen Aufwärtstrend im Jahr 2025

Chancenbericht

Durch die Zugehörigkeit des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade AG zum Konzern der Hannoverschen Volksbank eG und der genossenschaftlichen Finanzgruppe hat unser Institut die Weichen gestellt, um sich flexibel und unabhängig aufzustellen und die strategische Ausrichtung zukunftsorientiert umzusetzen. Damit wurden die Grundlagen für einen anspruchsvollen Wachstumspfad und die deutliche Verbesserung der Cost-Income-Ratio geschaffen.

Die genossenschaftliche Finanzgruppe mit ihren Verbundunternehmen ermöglicht es dem Ritterschaftlichen Kreditinstitut, die eigenen Kunden zukünftig insbesondere im Finanzierungsbereich noch optimaler in Bezug auf die Bedürfnisse des Kunden zu beraten. Mittelfristig kann die Beratung nach Einführung und Schulung der Berater auch auf weitere Beratungsbereiche ausgedehnt werden. Die enge Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft Hannoversche Volksbank eG kann Finanzierungs-lösungen auch über die bisherigen Finanzierungsparameter hinaus ermöglichen.

Risikobericht

Allgemein

Als Risiken sieht die Bank das Risiko potenzieller Verluste und verminderter Gewinne durch nachteilige geschäftsstrategische Entwicklungen, Entscheidungen oder durch eine negative Veränderung des wirtschaftlichen Umfeldes. Darunter fassen wir auch die Nichterreichung vertrieblicher Ziele aufgrund wechselnder Kundenpräferenzen oder durch neue Marktteilnehmer. Sollten wider Erwarten die gesetzten Ziele nicht erreicht werden, besteht das potenzielle Risiko der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade. Aus Sicht des Vorstands handelt es sich hierbei um ein unwahrscheinliches Risiko.

Risikomanagementsystem

Die Risikoidentifikation, die Risikoquantifizierung (Analyse, Bewertung und Messung eingegangener Risiken), die Risikosteuerung und die laufende Risikoüberwachung auf Basis einer durchgeführten Risikoinventur und einer daraus abgeleiteten Risikostrategie als Bestandteil der Geschäftsstrategie, bilden die Kernelemente des Risiko-

managements des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade. Ziel unseres Risikomanagements ist es – im Einklang mit unserem Selbstverständnis – nur Risiken in Höhe der vorhandenen Deckungspotenziale einzugehen, um die Kontinuität und Solidität unseres Kreditgeschäftes zu bewahren.

Zu den einzelnen wesentlichen Risiken zählen das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Liquiditäts- und das operationelle Risiko. Die Verfahren zur Risikomessung werden im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen durchgeführt. Die Risikotragfähigkeit wird in Anlehnung an den ICAAP-Leitfaden der deutschen Bankenaufsicht barwertnah ermittelt. Die Risikomessung erfolgt barwertig unter Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99,9 %. Das barwertnahe Vermögen beläuft sich zum 31.12.2025 auf TEUR 23.405. Davon wurden im Basisszenario TEUR 8.050 als Risikodeckungspotenzial für die Limitierung der wesentlichen Risiken zur Verfügung gestellt. Das nicht allokierte Risikodeckungspotenzial enthält den eingerichteten Managementpuffer und steht darüber hinaus für die Abdeckung von nicht wesentlichen Risiken zur Verfügung. Die Limitauslastung beläuft sich auf 67 %. In der normativen Perspektive des ICAAP werden die regulatorischen, aufsichtsrechtlichen sowie weitere interne Anforderungen berücksichtigt. Die Anforderungen wurden eingehalten.

Die Anforderungen in der ökonomischen und normativen Perspektive des ICAAP wurden auch in den Stress- und adversen Szenarien eingehalten.

Über die Entwicklung der einzelnen Risikopositionen und der Ausschöpfung der gesetzten Limite wurde der Vorstand vierteljährlich unterrichtet. Dem Aufsichtsrat wird der Risikobericht in ungekürzter Form jeweils unmittelbar nach Erscheinen zur Verfügung gestellt.

Zur Portfoliosteuerung bestehen qualitative und quantitative Grenzen, die regelmäßig überwacht werden und über deren Auslastung regelmäßig an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet wird. Die gebildete Risikoreserve deckt alle erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße ab.

Im Nachfolgenden beschreiben wir die wesentlichen Risiken, denen das Institut ausgesetzt ist, und nennen die entsprechenden Risikomanagementmethoden.

Risikokategorien

Adressenausfallrisiko

Das Kerngeschäftsfeld des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade ist das Kreditgeschäft. Es umfasst – abgeleitet aus dem Satzungsauftrag – im Wesentlichen die Bereiche der Bereitstellung landwirtschaftlicher Finanzierungen und der Wohnungsbaufinanzierungen.

Das Kreditnehmerrisiko – auch als Adressenausfallrisiko bezeichnet – ist gleichbedeutend mit dem Risiko eines Verlustes aus einem Kreditgeschäft. Da das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade nahezu ausschließlich grundpfandrechtl. gesicherte Kredite vergibt, ist der Risikoaufwand vergleichsweise gering. Für alle im Kreditgeschäft erkennbaren Risiken wurden in angemessenem Umfang Wertberichtigungen gebildet.

Das Risikomanagement auf Basis der Krediteinzelengagements ist gekennzeichnet durch das vollumfänglich umgesetzte Ratingverfahren zur Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer, die volumendifferenzierten Kreditvergabekompetenzen, die Votierung von Kreditanfragen im 4-Augen-Prinzip durch die Bereiche Markt und Marktfolge und eine vorsichtige Bewertungssystematik der Sicherheiten nach der BelWertV.

Auf Portfolioebene bestehen zur Risikosteuerung diverse Volumen- und Strukturlimite. Daneben erfolgt die Quantifizierung des unerwarteten Verlustes für Adressenausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft mithilfe einer „Value at Risk“-Methodik und Stressszenarien.

Darüber hinaus lagen unsere aufsichtsrechtlichen Meldungen zu der Gesamtkapitalquote gemäß den europäischen Eigenkapitalvorschriften (CRR) zwischen 14,5 und 15,3 %.

Wertpapieranlagen erfolgen nur in einem sehr begrenzten Umfang und ausschließlich in solche Papiere, deren Emittent der Bund oder die Bundesländer sind oder von Bund oder Bundesländern verbürgt sind oder Förderbanken sind. Diese Papiere verfügen über ein Rating von mind. AA.

Marktpreisrisiko

Bei den Marktrisiken richten wir unser Augenmerk auf das Zinsänderungsrisiko. Verlustpotenziale können sich aus der nachteiligen Veränderung von Marktpreisen ergeben. Wie auch in der Vergangenheit wurden Fremd-

währungspositionen und Aktienbestände nicht aufgebaut. Danach bestehen keine Währungs- und Aktienkursrisiken. Derivative Finanzgeschäfte haben wir nicht getätigt.

Das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade ist ein Nicht-handelsbuchinstitut im Sinne des KWG. Wertpapiere hält die Bank zum Bilanzstichtag nur in geringem Umfang zur Erfüllung der Deckungsanforderungen aus dem Pfandbriefgeschäft. Marktpreisrisiken bestehen im Wesentlichen in Form von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch. Aufgrund einer weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung, die einer regelmäßigen Kontrolle unterliegt, bestehen keine wesentlichen Zinsänderungsrisiken.

Im Rahmen der barwertnahen Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgt die Messung der Zinsänderungsrisiken aller zinssensitiven Positionen im Zinsbuch der Bank durch Verbarwertung der Zahlungsströme mit unterschiedlichen Bewertungskurven (Szenarioanalyse). Die Szenariowahl ist an einem Konservativitätsniveau von 99,9 % ausgerichtet und wird entsprechend intern validiert.

Zusätzlich werden neben dem Zinskoeffizienten weitere Frühwarnindikatoren ausgewertet. Bei der barwertorientierten verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs ergaben sich zum Bilanzstichtag ausreichend Reserven.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko beschreibt das Risiko, gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht vollständig erfüllen zu können bzw. bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Die Sicherung der täglichen Liquidität bzw. Zahlungsfähigkeit des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade erfolgt durch das tägliche Liquiditätsmanagement, die Liquiditätsplanung über einen Zeithorizont von 12 Monaten und die Auswertung von Stressszenarien (Liquiditätsablaufbilanz).

Die Anforderung aus der CRR (LCR) wurden mit dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 100 % stets eingehalten. Daneben war die jederzeitige Zahlungsfähigkeit auf Basis des Liquiditätsmanagements stets gegeben.

Dem Refinanzierungsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos begegnet die Bank durch eine Streuung der Refinanzierungsquellen, der Vermittler/Makler sowie des Gläubigerkreises.

Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken beschreiben Verlustmöglichkeiten aus dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder durch externe Einflüsse.

Diesen Risiken begegnet das Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade durch eine fachliche Begleitung in allen juristischen Bereichen, dem hohen qualitativen und quantitativen Personaleinsatz und der kontinuierlichen Überprüfung der internen Prozesse. Risiken im IT- und EDV-Bereich werden durch die Auslagerung an das genossenschaftliche Rechenzentrum Atruvia AG und die Zusammenarbeit mit der GenoService GmbH minimiert. Beide Institutionen stellen über entsprechende Ersatzsysteme, Störfallkonzepte und umfangreiche Notfallpläne den Geschäftsablauf sicher.

Zusammenfassende Beurteilung

Das Geschäftsjahr 2025 stand im Zeichen des kontinuierlichen Ausbaus und der Optimierungen in der konzern- und verbundweiten Zusammenarbeit und zeigte eine stabile Ertragslage. Die Abweichung vom Neugeschäftsplan konnte durch den Ausbau der Kooperationen – im Wesentlichen der Vermittlungsaktivitäten – kompensiert werden. Der anspruchsvolle Wachstumspfad ist weiterhin ambitioniert, aber auch realistisch umsetzbar. Unser auf Langfristigkeit und Solidität ausgelegtes Geschäftsmodell lässt uns auch bei andauernden Phasen der Unsicherheit zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Sonstige Angaben

Schlussfolgerung zum Abhängigkeitsbericht gem. § 312 AktG

Die Ritterschaftliche Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft (RKI AG) ist ein abhängiges Unternehmen der Hannoverschen Volksbank eG. Die Hannoversche Volksbank eG ist mit 100 % an der RKI AG beteiligt. Da kein Beherrschungsvertrag zwischen den Unternehmen besteht, hat der Vorstand der RKI AG gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Unsere Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.“

Maßnahmen im Interesse oder auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens oder der mit ihm verbundenen Unternehmen sind nicht getroffen und auch nicht unterlassen worden.“

Stade, den 31. März 2026

**Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade
Aktiengesellschaft**

Der Vorstand

Matthias Schicke und Lukas Kraeft

Bericht des Aufsichtsrates

der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade AG (RKI Stade AG) zum Geschäftsjahr 2025

Der Aufsichtsrat der RKI Stade AG nahm im Geschäftsjahr 2025 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahr. Er hat den Vorstand der RKI Stade AG überwacht und die Entscheidungen getroffen, die ihm nach Gesetz und Satzung übertragen sind.

Der Aufsichtsrat ließ sich während des Berichtszeitraumes innerhalb und außerhalb von Sitzungen und durch Vorlage von Berichten umfassend über den Gang der Geschäfte, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik berichten. Dabei hat er sich von der Recht-, Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der Führung des Unternehmens durch den Vorstand überzeugt. Die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat war konstruktiv und vertrauensvoll.

Es wurden vier turnusmäßige Sitzungen des Aufsichtsrates abgehalten. Neben der aktuellen Geschäftsentwicklung standen vor allem die Risikosituation der Bank, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Mehrjahresplanung und Strategie der Bank, aktuelle Marktentwicklungen, der Status zu wichtigen Projekten, die Ergebnisse und Erkenntnisse der Internen Revision und weiterer besonderer Funktionen der Bank sowie wichtige Einzelvorgänge im Fokus der Beratungen. Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat Ausschüsse gebildet, die dem Gesamtaufsichtsrat regelmäßig über ihre Tätigkeit und wesentliche Ergebnisse ihrer Beratungen berichten. Personelle Veränderungen hat es im Jahr 2025 im Aufsichtsrat und den gebildeten Ausschüssen nicht gegeben.

Die Aufsichtsratsmitglieder nutzen für die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen ein elektronisches Portal, in dem Berichte, Beschlussvorlagen und die Sitzungsdokumentationen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen und regelmäßigen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2025 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Forvis Mazars GmbH & Co. KG geprüft worden. Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte

Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsausschuss hat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss, Lagebericht, Abhängigkeitsbericht sowie den Vorschlag zur Gewinnverwendung geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat stimmt den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu. Er billigt den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025 und hat diesen im Rahmen seiner Aufsichtsratssitzung vom 03. Juni 2026 festgestellt. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung der RKI Stade AG empfehlen, über die Verwendung des Bilanzgewinnes aus dem Geschäftsjahr 2025 wie vorgeschlagen zu beschließen.

Das Geschäftsjahr 2025 war unter anderem von der Umsetzung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen geprägt, welche von Banken zunehmend ein hohes Maß an Aufwand und Einsatz erfordern. Der Aufsichtsrat hat die Entwicklungen und Maßnahmen begleitet und sich regelmäßig über den Stand der Umsetzung berichten lassen. Erfreulich ist, dass sich die Bank unter diesen anspruchsvollen Rahmenbedingungen weiter vertrieblich etablieren konnte und sich die im Jahr 2024 eingeleitete Neuaufstellung zunehmend positiv in den vertrieblichen Aktivitäten und Ergebnissen niederschlägt. Der Aufsichtsrat ist überzeugt, dass die Bank gut aufgestellt ist, um diesen positiven Trend auch in den kommenden Jahren weiter fortzuführen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seine Anerkennung für ihren Einsatz und die engagierte Arbeit aus und dankt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Stade, den 03.06.2026

Daniel Haartz
Vorsitzender des Aufsichtsrates
der RKI Stade AG

JAHRESBILANZ
zum **31. Dezember 2025**

GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG
für die Zeit vom
01.01. bis 31.12.2025

Jahresbilanz zum 31.12.2025

Aktiva	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.282,29		1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			177.878,48		163
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	177.878,48				(163)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	179.160,77	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) Hypothekendarlehen			0,00		0
a) Kommunalkredite			0,00		0
c) andere Forderungen			22.612.650,45	22.612.650,45	32.331
darunter: täglich fällig	15.560.559,44				(25.276)
4. Forderungen an Kunden					
a) Hypothekendarlehen			312.267.382,27		311.715
b) Kommunalkredite			60.378,74		71
c) andere Forderungen			0,00	312.327.761,01	0
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		5.015.180,28			5.045
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.015.180,28				(5.045)
bb) von anderen Emittenten		3.051.703,42	8.066.883,70		3.052
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.051.703,42				(3.052)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	8.066.883,70	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				0,00	0
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				15.000,00	15
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				0,00	0
darunter: Treuhandkredite	0,00				(0)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			0,00		0
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	0,00	0
12. Sachanlagen				72.619,43	69
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				366.270,46	281
15. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			50.613,35		69
b) andere			0,00	50.613,35	0
Summe der Aktiva				343.690.959,17	352.813

Passiva

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			44.665.811,92		43.107
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten			91.301.058,03	135.966.869,95	99.356
darunter: täglich fällig	0,00				(0)
darunter: zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	68.470.248,86				(75.580)
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00				(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			98.365.049,74		99.575
b) begebene öffentliche-Namenspfandbriefe			0,00		0
c) Spareinlagen					
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		0,00			0
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0,00	0,00		0
d) andere Verbindlichkeiten			79.449.122,28	177.814.172,02	82.795
darunter: täglich fällig	70.400,02				(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		0,00			0
ab) öffentliche Pfandbriefe		0,00			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen		0,00	0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				0,00	0
darunter: Treuhandkredite	0,00				(0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.167.372,95	193
6. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			48.503,04		17
b) andere			0,00	48.503,04	0
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			2.315.505,00		2.428
b) Steuerrückstellungen			65.000,00		161
c) andere Rückstellungen			336.036,21	2.716.541,21	377
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				2.000.000,00	2.000
10. Genussrechtskapital				2.000.000,00	2.000
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				950.000,00	850
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital – Gezeichnetes Kapital		2.000.000,00			2.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		0,00	2.000.000,00		0
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		0,00			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen		17.952.500,00	17.952.500,00		17.878
d) Bilanzgewinn			75.000,00	20.027.500,00	75
Summe der Passiva				343.690.959,17	352.813
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		150.000,00			150
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	150.000,00		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		3.243.752,75	3.243.752,75		5.684
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		8.862.916,28			8.368
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		212.802,36			235
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	0,00		9.075.718,64		(0)
2. Zinsaufwendungen			5.488.585,53		4.318
darunter: erhaltene negative Zinsen	2.935,11			3.587.133,11	(3)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00		0
b) Beteiligungen			0,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0,00	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			424.702,21		74
6. Provisionsaufwendungen			151.724,60	272.977,61	61
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands				0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge				210.808,26	111
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		1.321.382,15			1.525
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		360.707,01	1.682.089,16		443
darunter: für Altersversorgung	127.372,00				(288)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			1.367.958,48	3.050.047,64	1.351
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				27.808,71	25
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				68.350,08	52
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			432.468,82		106
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-432.468,82	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				492.243,73	905
20. Außerordentliche Erträge			0,00		1
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(1)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			302.147,30		317
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			15.096,43	317.243,73	14
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				100.000,00	500
25. Jahresüberschuss				75.000,00	75
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0
				75.000,00	75
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			0,00	0,00	0
				75.000,00	75
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen			0,00	0,00	0
Bilanzgewinn				75.000,00	75

ANHANG
für das Geschäftsjahr 2025

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

A. Allgemeine Angaben

Die Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft mit Sitz in Stade ist beim Amtsgericht Tostedt unter der Handelsregisternummer HRB 209476 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der § 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt wurde. Dieser Unterschiedsbetrag wird grundsätzlich planmäßig, und zwar zeitanteilig, aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Den latenten Kreditrisiken wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt zum 31. Dezember 2025 auf Basis des ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungshorizont von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien in einer vereinfachten Methodik.

Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter der Bilanzposition Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäfte sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen. Im Hinblick auf Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Kreditzusagen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung.

Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Wertpapiere

Sämtliche festverzinslichen Wertpapiere wurden dem Umlaufvermögen zugeordnet und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Individuelle Refinanzierungsmöglichkeiten werden bei dieser barwertigen Betrachtung berücksichtigt. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Beteiligungen

Die Beteiligung wurde unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibung bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätz-

lich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, linear vorgenommen.

Die angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 250 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Sie wurden in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 250, aber nicht über EUR 800 lagen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag und dem niedrigeren Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge wurden planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

Aktive latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, nicht angesetzt wurde.

Für die Berechnung latenter Steuern wurde ein Steuersatz von 30,53 % zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind ausschließlich Disagiobeträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen.

Die Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** nach § 253 Abs. 1 HGB wurde nach der Projected Unit Credit Method vorgenommen. Grundlage bildet das versicherungsmathematische Gutachten zum 31. Dezember 2025 der RZP beratende Aktuare GbR.

Nach der Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank beträgt der maßgebliche Rechnungszins zum 31. Dezember 2025 bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren 2,06 % p. a. (10-Jahres-Durchschnittssatz). Der Rechnungszinssatz zur Berechnung der Ausschüttungssperre beträgt 2,22 % p. a. (7-Jahres-Durchschnittszinssatz).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden berücksichtigt:

Gehaltstrend	entfällt.
Trend für Krankheitskosten	2,10 % p. a.
Rententrend	2,10 % p. a.
Rechnungsmäßiges Pensionsalter	frühestmöglicher Beginn der vorzeitigen Altersrente nach RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz
Rechnungsgrundlagen	„Richttafeln 2018 G“ von K. Heubeck (ohne Modifikationen)
Fluktuation	keine
Ausschüttungssperre	Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB beträgt EUR -30.471.

Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital wurde mit dem Nominalwert angesetzt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wegen der besonderen Risiken des Geschäftszweigs gebildet.

Angaben zur Behandlung negativer Zinsen

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den betreffenden Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen in Abzug gebracht.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2025

Entwicklung des Anlagevermögens

(in TEUR)	Anschaffungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2025	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.25	01.01.25	Zugänge	Abgänge	31.12.25	31.12.25	31.12.24
I. Immaterielle Anlagewerte	3	0	0	0	3	3	0	0	3	0	0
davon entgeltlich erworbene	3	0	0	0	3	3	0	0	3	0	0
II. Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	292	33	0	27	298	223	28	26	225	73	69
III. Beteiligungen	15	0	0	0	15	0	0	0	0	15	15
	310	33	0	27	316	226	28	26	228	88	84

Im Aktivposten „Sachanlagen“ sind ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie Mietereinbauten erfasst.

D. Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an die Konzernmutter über TEUR 17 (Vorjahr TEUR 8) enthalten.

Forderungen an Kunden

Bei den Forderungen an Kunden bestehen keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinslichen Wertpapiere (A 5) betreffen ausschließlich börsennotierte Wertpapiere.

Beteiligungen

Wir halten an folgenden Unternehmen Beteiligungen von nicht untergeordneter Bedeutung:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital (%)	Eigenkapital der Gesellschaft (TEUR)	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (TEUR)
		2024	2024
GenoService GmbH, Oldendorf	9,09	182	1

Geschäftsguthaben bei Genossenschaften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Steuererstattungsansprüche aus dem aktuellen Geschäftsjahr über TEUR 152 sowie aus Vorjahren mit TEUR 85 (Vorjahr TEUR 147) enthalten.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten besteht in voller Höhe aus Disagien für aufgenommene Darlehen sowie begebene Pfandbriefe und Schuldscheindarlehen.

Nachrangige Vermögensgegenstände

In den Forderungen an Kreditinstitute sind nachrangige Vermögensgegenstände über TEUR 2.000 (Vorjahr TEUR 2.000) enthalten.

Restlaufzeitspiegel für Forderungen

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

(in TEUR)	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute		
bis drei Monate	20.560	30.275
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.000	2.000
mehr als fünf Jahre	0	0
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	5.940	8.666
mehr als drei Monate bis ein Jahr	15.552	14.042
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	65.468	63.794
mehr als fünf Jahre	225.249	225.166

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach Restlaufzeiten gegliedert.

Restlaufzeitspiegel für Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

(in TEUR)	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
bis drei Monate	1.311	3.617
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.898	8.506
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38.263	40.188
mehr als fünf Jahre	91.737	89.466
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
bis drei Monate	8.070	10.000
mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.827	15.390
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	97.785	87.462
mehr als fünf Jahre	62.600	68.300

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach Restlaufzeiten gegliedert.

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind TEUR 2.000 für eine in Durchführung befindliche Kapitalerhöhung sowie Zinsaufwendungen für das ausgegebene Genussrecht über TEUR 40 enthalten.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten besteht ausschließlich aus Disagien für Hypothekendarlehen.

Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2025 bestanden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von TEUR 2.316 (Vorjahr TEUR 2.428).

Für die Saldierung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen mit verrechnungsfähigen Vermögenswerten gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB wurden folgende Werte ermittelt:

Erfüllungsbetrag der Schulden.....	TEUR 653
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögenswerte	TEUR 653
Zeitwert der verrechneten Vermögenswerte	TEUR 653

In den anderen Rückstellungen sind neben Rückstellungen für arbeitsrechtliche Verpflichtungen insbesondere Kosten für die Aufstellung, Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, eine Rückstellung für eine in Durchführung befindliche Sonderprüfung nach § 44 KWG sowie eine Rückstellung für die gesetzliche Aufbewahrungspflicht für Geschäftsunterlagen enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten (P 9) in Höhe von TEUR 64 (Vorjahr TEUR 61) an.

Unter den nachrangigen Verbindlichkeiten werden Schuldscheindarlehen in Höhe von TEUR 2.000 mit folgenden Konditionen ausgewiesen:

	Betrag in TEUR	Zinssatz in %	Fälligkeit
	500	4,00	30.12.2033
	600	3,50	30.12.2034
	400	4,00	30.12.2035
	500	4,00	30.12.2035
Summe	2.000		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR.

Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital (P 10) in Höhe von nominal TEUR 2.000 (Vorjahr TEUR 2.000) beinhaltet Genussrechte, die mit einer fixen Verzinsung ausgestattet sind. Es entspricht mit TEUR 2.000 (Vorjahr TEUR 2.000) den Anforderungen des Art. 63 CRR.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich gemäß § 25 Abs. 1 RechKredV ausschließlich aus dem Grundkapital der Ritter-schaftliches Kreditinstitut Stade AG zusammen und beträgt zum 31.12.2025 EUR 2.000.000. Es besteht aus 2.000.000 nennbetragslosen Stückaktien. Das Grundkapital wurde aus den bestehenden Gewinnrücklagen gebildet.

Der Vorstand ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 31. Januar 2027 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu EUR 1.000.000 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2022).

Die Gewinnrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Andere Gewinnrücklagen EUR
Stand 01.01.2025	17.877.500
Einstellungen	
<i>aus Bilanzgewinn des Vorjahres</i>	75.000
<i>aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres</i>	0
Stand 31.12.2025	17.952.500

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die im Posten 1b) und 2c) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung der Risiken gewährleisten.

Akute und latente Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen eine Bürgschaft für einen Kunden bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden.

Die Bürgschaft ist nahezu vollständig grundpfandrechtlich besichert. Von einer Inanspruchnahme der Bürgschaft ist derzeit nicht auszugehen.

Bei den unter den anderen Verpflichtungen ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen geht das RKI von einer vollständigen Inanspruchnahme aus.

Durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesicherte Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenden Vermögenswerte (in TEUR)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	20.739

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 45 (Vorjahr TEUR 41) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen TEUR 302 (Vorjahr TEUR 317) und betreffen mit TEUR 254 das Geschäftsjahr 2025 und mit TEUR 48 Vorjahre.

F. Sonstige Angaben

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen TEUR 14 (Vorjahr TEUR 14).

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für Mitglieder des Vorstands bestehen zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr gewährte Kredite in Höhe von TEUR 0.

Für Mitglieder des Aufsichtsorgans bestehen zum Bilanzstichtag gewährte Kredite in Höhe von TEUR 148 (Vorjahr TEUR 192).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von TEUR 622.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Personalstatistik

Die Zahl der 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	3	0
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	5	4
	8	4

Es wurden keine Auszubildende beschäftigt.

Aufwendungen für den Jahresabschlussprüfer

Das gemäß § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 83 netto. Das Honorar entfällt vollständig auf Abschlussprüfungsleistungen.

Besondere Offenlegungspflichten

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben werden automatisch durch die EBA im sogenannten Pillar 3 Data Hub (P3DH) veröffentlicht.

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Die Hannoversche Volksbank eG, Hannover, hält 100 % des Stammkapitals der Ritterschaftlichen Kreditinstitut Stade AG. Damit ist die Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade AG ein verbundenes Unternehmen zur Hannoverschen Volksbank eG.

Der Jahresabschluss der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade AG wird in den Konzernabschluss der Hannoverschen Volksbank eG einbezogen, den diese für den größten Kreis von Unternehmen erstellt. Der Konzernabschluss ist zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht aufgestellt und wird nach Aufstellung im Unternehmensregister offengelegt.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

In den folgenden Beständen sind sowohl die nach § 51 PfandBG gekapselten Altbestände als auch die Neubestände nach PfandBG enthalten.

1. Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (§ 28 Absatz 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG)

Hypothekendarbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Gesamtbetrag des Darbriefumlaufs inkl. Derivate	211.820	219.726	205.107	213.280	230.201	240.486
davon Derivate	0	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	236.539	239.985	235.937	239.898	259.712	265.579
davon Derivate	0	0	0	0	0	0
Überdeckung in %	11,67 %	9,22 %	15,03 %	12,48 %	12,82 %	10,43 %
Überdeckung	24.719	20.259	30.830	26.618	29.511	25.093
Gesetzliche Überdeckung	8.322	8.640	4.102	4.266		
Vertragliche Überdeckung	0	0	0	0		
Freiwillige Überdeckung	16.398	11.619	26.728	22.353		

2. Laufzeitstruktur, Zinsbindungsfrist und Fälligkeitsverschiebung (§ 28 Absatz 1 Nr. 4 und 5 PfandBG)

Hypothekendarbriefe (in TEUR)	Darbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
bis zu sechs Monate	10.078	11.725	26.577	23.837	0	0
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	4.682	16.865	10.637	10.129	0	0
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	21.118	9.340	15.255	19.789	10.078	11.725
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	13.754	4.532	12.554	9.677	4.682	16.865
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	24.095	34.565	45.001	28.996	34.872	13.872
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	33.170	24.194	31.352	44.241	24.095	34.565
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	18.682	32.358	19.331	24.853	33.170	24.194
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	72.242	71.148	62.342	64.218	84.397	78.480
über 10 Jahre	14.000	15.000	13.491	14.244	20.527	40.026

3. Kennzahlen (§ 28 Absatz 1 Nr. 13 PfandBG)

Hypothekendarbriefe	31.12.2025	31.12.2024
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	95,88 %	96,35 %
Anteil festverzinslicher Darbriefe	100,00 %	100,00 %

4. Fremdwährung

(§ 28 Absatz 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung))

Hypothekendarbriefe	TEUR	31.12.2025	31.12.2024
Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		0	0
Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs		0	0
Währungsstress-Wechselkurs		0	0
Nettobarwert in Fremdwährung		0	0
Nettobarwert in EUR		0	0

5. Zur Deckung von Hypothekendarbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen

(§ 28 Absatz 2 Nr. 1a PfandBG)

Verteilung der Deckungswerte	31.12.2025	31.12.2024
bis zu 300 Tsd. €	55.480	60.836
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	80.580	85.451
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	90.579	83.798
mehr als 10 Mio. €	0	0
Summe	226.639	230.085

6. Zur Deckung von Hypothekendarbriefen verwendete Forderungen nach Nutzungsart

(§ 28 Absatz 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

nach Nutzungsart (I)	TEUR	31.12.2025	31.12.2024
wohnwirtschaftlich		98.892	100.810
gewerblich		127.747	129.274
nach Nutzungsart (II)	TEUR	31.12.2025	31.12.2024
Bundesrepublik Deutschland			
Eigentumswohnungen		15.263	16.904
Ein- und Zweifamilienhäuser		27.105	31.717
Mehrfamilienhäuser		55.559	51.609
Bürogebäude		182	190
Handelsgebäude		10	40
Industriegebäude		0	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude		127.555	129.044
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten		0	0
Bauplätze		965	981
Weitere Staaten		0	0
Summe		226.639	230.085

7. Weitere Kennzahlen

		31.12.2025	31.12.2024
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG – Gesamtbetrag der Forderungen nach § 12 (1), die die Grenzen nach § 13 (1) Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten.	in TEUR	0	0
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG – Gesamtbetrag der Werte nach § 19 (1), die die Grenzen nach § 19 (1) Satz 7 überschreiten.	in TEUR	0	0
§ 28 (2) Nr. 4 PfandBG – volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning).	in Jahren	6,77	6,56
§ 28 (2) Nr. 3 PfandBG – durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf.	in %	45,97 %	45,69 %
Ordentliche Deckung (nominal)	in TEUR	226.639	230.085
Anteil am Gesamtumlauf	in %	107,00 %	104,71 %

8. Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten
(§ 28 Absatz 1 Nr. 12 PfandBG)

	31.12.2025	31.12.2024
§ 19 (1) Nr. 2 PfandBG	0	0
§ 19 (1) Nr. 3 PfandBG	0	0
§ 20 (2) Nr. 2 PfandBG	0	0

9. Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen
(§ 28 Absatz 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG)

Hypothekenzinspfandbriefe	(in TEUR)	31.12.2025	31.12.2024
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 1 PfandBG		0	0
Forderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 2a) und b) PfandBG		0	0
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		0	0
Forderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 3a bis c) PfandBG		4.100	4.100
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		0	0
Forderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 4 PfandBG		5.800	5.800
Summe		9.900	9.900

10. Rückständige Leistungen auf Hypothekenzinsforderungen
(§ 28 Absatz 2 Nr. 2 PfandBG)

Staat	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mind. 5 % der Forderung beträgt	
(in TEUR)	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
keine	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0

11. Angaben für den Anhang des Jahresabschlusses
 (§ 28 Absatz 2 Nr. 5 PfandBG)

(in TEUR)	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	–	–	–	1
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	–	–	–	–
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigen Zwangsversteigerungsverfahren	–	–	–	–
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	–	–	–	–
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	–	–	–	–
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. Euro)	–	–	–	–

Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates

Mitglieder des Vorstands, ausgeübter Beruf:	Mitglieder des Aufsichtsrats, ausgeübter Beruf:
Matthias Schicke Vorstand Marktfolge	Daniel Haartz (<i>Vorsitzender</i>) Vorstandsmitglied der Hannoverschen Volksbank eG
Lukas Kraeft Vorstand Markt	Dr. Valentin v. Massow (<i>stellvertretender Vorsitzender</i>) Pensionär
	Marco Dierkesmann Bereichsleiter Marktservice der Hannoverschen Volksbank eG
	Benedikt von Düring – Freiherr von Ulmenstein Diplom-Kaufmann
	Judith von Grünhagen Bereichsleiterin Firmenkundengeschäft der Hannoverschen Volksbank eG

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn über EUR 75.000,00 wie folgt zu verwenden:

1. Verteilung an die Aktionäre	EUR	0,00
2. Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	EUR	75.000,00
3. Vortrag auf neue Rechnung	EUR	0,00
	EUR	<u>75.000,00</u>

Stade, den 31.03.2026

**Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade
Aktiengesellschaft**

Der Vorstand

Matthias Schicke und Lukas Kraeft

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**An die Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft, Stade**

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft, Stade, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Folgenden stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung der Forderungen an Kunden aus dem Kreditgeschäft

Zugehörige Informationen im Abschluss und Lagebericht

Im Jahresabschluss der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft wurden in der Bilanz zum Bilanzstichtag im Bilanzposten Forderungen an Kunden, Forderungen aus dem Kundenkreditgeschäft in Höhe von € 312,3 Mio. ausgewiesen. Gemäß den Angaben im Anhang werden zur Vorsorge von erkennbaren oder latenten Risiken im Kundenkreditgeschäft angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gebildet, die von den Forderungen in Abzug gebracht werden. Somit werden die Forderungen mit dem Nennbetrag abzüglich Risikovorsorge ausgewiesen.

Sachverhalt und Risiko für die Prüfung

Gemäß der Satzung der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft stellt die wesentliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft das Pfandbriefgeschäft dar. Die Bank verfolgt vorrangig den Zweck, grundpfandrechtlich besicherte Kredite zu vergeben. Darunter fallen insbesondere Immobiliarkredite an landwirtschaftliche Betriebe, der den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben vor- und nachgelagerten Produktionsstufen, an Verbände und Genossenschaften sowie Kredite für Wohn- und Geschäftsimmobilien. Vor dem Hintergrund der Höhe der ausgewiesenen Forderungen an Kunden in Relation zur Bilanzsumme ist eine Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf das Kreditgeschäft erkennbar. Dem Kundenkreditgeschäft liegen Bewertungsrisiken zugrunde. Zur Beurteilung der Werthaltigkeit der Forderungen aus dem Kundenkreditgeschäft ist zum einen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer und zum anderen auf die Werthaltigkeit der Sicherheiten abzustellen. Beide Aspekte haben einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Einzelwertberichtigungen. Die ordnungsgemäße Bewertung von Forderungen aus dem Kundenkreditgeschäft, insbesondere die Bewertung der Risikovorsorge war aus diesem Grund im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

Im Rahmen unserer kontrollbasierten Prüfung haben wir den Aufbau und die Implementierung der Ausgestaltung der prüfungsrelevanten Kontrollen beurteilt, die die Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft im Rahmen des Prozesses zur Bewertung der Forderungen aus dem Kundenkreditgeschäft eingerichtet hat.

Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Forderungen im Kundenkreditgeschäft, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte auf der Basis von Stichproben im Rahmen bewusster Auswahlprüfungen von Kreditengagements beurteilt. Dabei sind wir risikoorientiert sowie unter besonderer Berücksichtigung der Kreditvolumina vorgegangen. Wir haben die vorliegenden Unterlagen zu den Kreditnehmern bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten haben wir uns ein Verständnis über die zugrundeliegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und die getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Forderungen aus dem Kundenkreditgeschäft begründet und hinreichend dokumentiert sind.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- den Bericht des Aufsichtsrats und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir hierzu weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen:

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die

Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um

als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der

Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. August 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 10. November 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Frau Anke-Luise Haase.

Hamburg, den 18. Mai 2026

Forvis Mazars GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Björn Reher
Wirtschaftsprüfer

Anke-Luise Haase
Wirtschaftsprüferin

IMPRESSUM

Herausgeber

Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade
Aktiengesellschaft
Archivstraße 3/5, 21682 Stade
Tel. 04141 4103-0, Fax 04141 4103-10
info@rki-stade.de, www.rki-stade.de

Redaktion

Ritterschaftliches Kreditinstitut Stade
Aktiengesellschaft
Für den Vorstand:
Matthias Schicke und Lukas Kraeft

Text und redaktionelle Bearbeitung

vitamin B²
Konzept- und Werbeagentur, Stade

Konzept und Layout

vitamin B²
Konzept- und Werbeagentur, Stade

Titelbild

© vitamin B²

Druckvergabe

vitamin B²
Konzept- und Werbeagentur, Stade

Juni 2026



Ritterschaftliches
Kreditinstitut
Stade AG

Archivstraße 3/5 · 21682 Stade
Telefon: 04141 4103-0
info@rki-stade.de · www.rki-stade.de

